klartext

**Nr. 28/2016** 14. Juli 2016

DGB-Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

# Staatlich investieren, statt Banken subventionieren

Die Finanzbranche ist wieder nervös. Anlass ist die heikle Situation einiger italienischer Banken – allen voran die der Traditionsbank Monte dei Paschi. 360 Milliarden Euro faule Kredite sollen in den Büchern italienischer Banken stecken. Bei Ausfall dieser Kredite reicht das Eigenkapital vieler Banken nicht aus, um die Verluste aufzufangen. Pleiten drohen. Und wieder mehren sich die Rufe nach Hilfen vom Steuerzahler.

Mit der neuen EU-Bankenrichtlinie sollen bei Bankenschieflagen eigentlich zunächst die Anteilseigner und Gläubiger herangezogen werden – vor allem andere Banken und Fonds. Italien will diese aber wohl verschonen und direkt staatliche Hilfen ermöglichen.

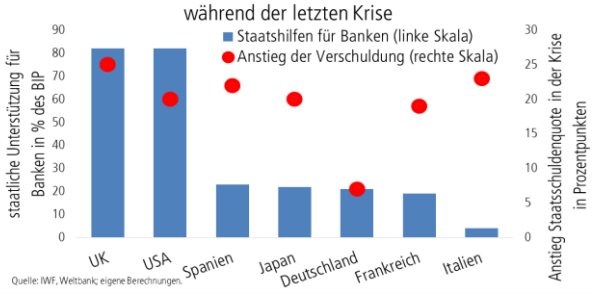
Unterstützung kommt vom Chefökonom der Deutschen Bank. Er fordert ein EU-Bankenrettungsprogramm von 150 Milliarden Euro – finanziert aus Steuermitteln. Doch dahinter steckt schlichtweg Eigeninteresse. So besitzen deutsche Banken Forderungen in Höhe von rund 90 Milliarden Euro gegenüber italienischen Banken, allein die Deutsche Bank rund 13 Milliarden Euro. Bei einer neuen Bankenkrise wären diese Milliarden „perdu". Systemdestabilisierende Dominoeffekte werden befürchtet.

Doch es darf nicht sein, dass schon wieder die Steuerzahler für das Missmanagement der Banken blechen. Bereits in der letzten Krise haben Regierungen die Banken mit Milliarden Euro gestützt, in der Folge stieg vielerorts die Verschuldung und der radikale Sparkurs zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger begann (siehe Grafik). Tatsächlich ist es auch auf diese verfehlte Kürzungspolitik zurückzuführen, dass die Wirtschaftskrise in Europa nicht gelöst ist und immer mehr Bankkredite ausfallgefährdet wurden. Statt über milliardenschwere Bankenrettungsprogramme nachzudenken, sollten deshalb staatliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und öffentliche Einrichtungen in Europa angeschoben werden. Dies schafft Arbeitsplätze, beflügelt das Wachstum und stabilisiert so das Bankensystem.

Für marode Banken muss die Finanzbranche selbst stärker in die Verantwortung genommen werden, beispielsweise durch höhere Beiträge in den europäischen Abwicklungsfonds. Anteilseigner und Gläubiger müssen haften. Allenfalls kann in Betracht gezogen werden, Kleinanleger danach staatlich zu kompensieren, wenn deren Belastung unzumutbar ist.

Eines macht der erneute Ruf nach Steuergeldern für Banken in jedem Fall deutlich: Selbst die Finanzbranche sieht sich nicht ausreichend gerüstet, um Verwerfungen im System abfedern zu können. Dies lässt nur die Schlussfolgerung zu, dass regulatorische Maßnahmen dringend verschärft werden müssen, da sie offensichtlich nicht ausreichen, um Krisen zu verhindern. Die EU-Bankenunion ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber nur ein kleiner. Die Politik darf zusätzliche Regulierung nicht auf die lange Bank schieben und muss sofort handeln. Unter anderem müssen Eigenkapitalvorschriften für Banken erhöht und Verflechtungen zwischen Banken aufgelöst werden.

Staatliche Bankenhilfe und Anstieg der Verschuldung während der letzten Krise




Quelle: IWF, Weltbank, eigene Berechnungen

Verantwortlich: Stefan Körzell, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Kontakt: carina.ortmann@dgb.de

Abonnement für „klartext" und „standpunkt" unter: http://www.dgb.de/service/newsletter